Nr. 8 // Oktober 2008

RABATZ

::: 3- monatiges MagdeburgInfo

Inhalt dieser Ausgabe:

Aufruf zur Antifa Demo /// Meldungen /// Kurzvorstellung von zusammen kämpfen und der FAU /// Karriere bei der Bundeswehr /// Kolumne /// Prozess in Berlin /// Anarchist against the wall /// Biografie E. Malatesta /// Adressen...

Rote Hilfe Ortsgruppe Magdeburg
c/o Soziales Zentrum
Alexander-Puschkin-Str. 20
39108 Magdeburg

Beratung:
Jeden 2. Mittwoch im Monat
im Infoladen von 18-19 Uhr
Kontakt:
magdeburg@rote-hilfe.de

::::::Schickt eure Beiträge an md_info@web.de::::::::::::::::::

:::INTRO:::

Hurra, Hurra die neue Rabatz ist da...

Mit einigen Wochen Verspätung ist es geschafft. Das Geld für den Druck musste erst noch zusammen gekrazt werden. So verzögerte sich mal wieder die Fertigstellung dieser Ausgabe. Nun gut, das scheint wohl geklappt zu haben.
Leider kam es wieder zu etlichen Überfällen durch Neonazis in der Region. Eine unvollständige Auflistung dieser sowie weitere Meldungen und Beiträge sind in diesem Heftchen dokumentiert. Bleibt noch zu erwähnen, dass seit September in Magdeburg wieder eine aktive Ortsgruppe der Roten Hilfe existiert. Wenn ihr also Stress mit Cops & Co habt - meldet euch dort. Jeden 2. Mittwoch im Monat findet eine Sprechstunde der Roten Hilfe im Infoladen statt.
Vielen Dank zum Schluss, an die Menschen die uns ihr Material/ Beiträge schicken und dazu beitragen, dass dieses Blatt *kontinuierlich* erscheinen kann. In diesem Sinne:
Schickt uns weiterhin eurer Material an:
md_info@web.de

Eure Drei von der Rabatz- Redaktion, fast (immer) p.c.

V.i.S.d.P.: Ulrike Meinhof, Große Diesdorfer Str. 15, 39108 Magdeburg

Die Rabatz versteht sich als Plattform für Information und Diskussion. Kommentare und Meinungen sind in der Redaktion immer willkommen. Vorschläge und Skripts werden in jedem Fall in der Redaktion diskutiert.

Schickt uns eure Beiträge, Artikel, Layout, Fanpost o.ä. per mail an: md_info@web.de
Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder geben.

Rabatz per Post: Wir verschicken die aktuellen Ausgaben auch. (mail an md_info@web.de)
Porto muss der Empfänger bezahlen.

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/ der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. >Zur-habe-name< ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Redaktionsschluß für die 9. Ausgabe: 31. Dezember.2008

Beiträge / Infos an: md_info@web.de

Rechte Gewalt

Hövelmann: Lage hat sich leicht gebessert

Magdeburg (ddp). Innenminister Holger Hövelmann (SPD) hat Vorwürfe zurückgewiesen, wonach in Sachsen-Anhalt die Zahl rechtsradikaler Straftaten zunimmt. Die Statistik beweise, dass sich die Lage leicht bessere, [illegible]lmann im Deutsch- [illegible]Andere Bun- leben, weil wir schon alles drin haben", sagte Hövelmann.

Unterdessen kam es am Wochenende erneut zu einem gewalttätigen Übergriff von rechten Schlägern. Drei Jugendliche aus der linken Szene wurden in der Nacht zum Sonnabend auf dem Schönebecker Bahnhof von fünf vermummten Tätern angeaugenscheinlich der [illegible]gen sind,

■ Haftbefehl gegen zwei Verdächtige nach rechtem Angrif

Magdeburg (dpa/ND). Nach d[illegible] Überfall von sieben Rechtsradikalen auf einen 28-Jährigen in

Rassistischer Überfall in Magdeburg

Magdeburg. Ein 41jähriger Afrikaner ist in Magdeburg von drei Männern verprügelt worden. Wie eine Polizeisprecherin am Montag sagte, ereignete sich der Zwischenfall bereits am Sonntag nachmittag. Nach ihren

Trauer und M[illegible] dem Tod des

„Das [illegible]-Anhal[illegible]

„Die Lage ist alles andere als zufriedenstellend"

Dokumentation der Kurzmeldungen aus den vergangenen Monaten (garantiert unvollständig)

- Sascha Braumann (JN Magdeburg) ist in Halle mit 6 anderen Angeklagten wegen BLOOD & HONUR Aktivitäten zu einer Geldstrafe von rund 3000 Euro verurteilt wurden. Ihm wurden vorgeworfen mindestens 3 Nazikonzerte im Raum Sachsen-Anhalt mitorganisiert zu haben und damit einer ,,Wiederbelebung" der Verbotenen B&H Struktur voranzutreiben.

- Ende Juli fand in der Beimssiedlung ein antifaschistisches Fußballturnier statt. Gespielt wurde in 2 Gruppen mit jeweils 3 Mannschaften. Das Turnier stand unter dem Motto „Jeder liebt sein Viertel…nazifrei" und es kamen ca. 100 Leute und sahen durchaus ansehnlichen Fussball. Die Truppe von "Post Stadtfeld" konnte sich im Finale durchsetzten. Die Sieger freuten sich neben einem Wanderpokal auch noch über einen Gutschein für den Infoladen.

- Standarte 26 ist Geschichte: Der Nazitreffpunkt in Magdeburg Nord ist von der Stadt Magdeburg geschlossen wurden.
Kurzeitige Ausweichmöglichkeit war ein Haus in der Sieverstorstraße 32 wo am 2.8.2008 ein Nazi- Konzert stattfand. Ca 100 Teilnehmer leisteten massiven Widerstand beim Eintreffen der Bullen. Wegen des Werfens eines Feuerlöschers vom Dach des Hauses, während der Räumung, ermittelt das LKA u.a. wegen versuchten Totschlags.

- Drei Jugendliche im Alter von 19 und 21 Jahren wurden am Morgen des 17.8. 2008 gegen 01:30 Uhr in der Dodendorfer Straße, von zwei männlichen Personen aufgefordert, ihre T-Shirts auszuziehen und anzuzünden. Der 21-Jährige folgte dieser Aufforderung nicht, und bekam einen Faustschlag ins Gesicht, fiel zu Boden und wurde nochmals geschlagen. Aus Angst zog der Junge sein T-Shirt aus und zündete es, wie gefordert, mit seinem Feuerzeug selbst an. Anschließend ließen die Täter von den Jugendlichen ab und ließen sie gehen. Einer der beiden Unbekannten hob dabei seinen rechten Arm und rief lautstark „Sieg Heil".

Klein-Lkw mit Graffiti besprüht

Unbekannte haben in der Zeit vom 19. bis 22. Juli einen in der Großen Diesdorfer Straße / Höhe Schwimmhalle abgestellten Lkw mit Graffiti in der Größe von 4 mal 1,50 Meter besprüht. Das Fahrzeug stand auf der Seite zum Westfriedhof. Es entstand ein Schaden von rund 3000 Euro. Hinweise zu den Tätern erbittet die Polizei unter Telefon 5 46 31 95. *"Volksstimme Magdeburg"*

- In derselben Nacht vom 16.8- 17.8 2008 stirbt der Kunststudent Rick Langenstein im Alter von 20 Jahren in Magdeburg/Reform im Gebüsch einer Bushaltestelle. Er wurde von dem Neonazi Bastian Ostermann getreten und geschlagen und erstickte schließlich an seinem eigenen Blut.

- Das Bürgerfest gegen Rechts in Alte Neustadt in der Sieverstorstraße bekam

Besuch von Neofaschisten nachdem diese am 23.8.2008 von einem Aufmarsch zurückkehrten. Das Straßenfest welches den neuen Treffpunkt der Magdeburger Naziszene dort thematisieren wollte sah sich nun mit ca. 50 Faschisten konfrontiert welche die BesucherInnen fotografierten und provozierten. Die Kerngruppe, der dort mit Autos vorgefahrenen Nazis, konnte dem so genannten "Selbstschutz Sachsen- Anhalt" (SSSA) zu gerechnet werden. Einer der Initiatoren war Florian Fuhrmann. Er war einer der Rädelsführer bei diesem Angriff gegen die anwesenden Antifaschistinnen. Florian F. nahm bereits an Wehrsportübungen teil und lies sich klugerweise dabei auch filmen. Dieses Filmmaterial wurde bereits beim ZDF ausgestrahlt nachdem es wohl einigen Journalisten in die Hände fiel.

- Ulrike bleibt! Augenscheinlich wurde die Ulrike erneut mit Farbbeuteln heimgesucht.

- In der Nacht zum 24.8. 2008 wird der Jugendliche Marcel W. in Bernburg von einem Neonazi mit mehreren Messerstichen getötet. Marcel sollte vor Gericht gegen den Neofaschisten David B. aussagen. Marcel stirbt im Alter von nur 18 Jahren in der Wohnung seines Mörders.

- Am bundesweiten Aktionstag gegen Abschiebung (30.8.2008) demonstrierten 150 AntirassistInnen durch die Magdeburger Innenstadt. Vor der Ausländerbehörde wurde ein Kranz in Gedenken an die Opfer der rassistischen Flüchtlingspolitik in der BRD und EU niedergelegt.

- Am 14.9 2008, Sonntagnachmittag wurde ein 41 jähriger Afrikaner in Magdeburg von drei Männern verprügelt. Die zwischen 20 und 42 Jahre alten, betrunkenen Täter beschimpften ihn erst als Neger und schlugen dann gemeinsam auf ihn ein. Der in Cote d`Ivoire geborene Mann wurde dabei verletzt.

- Der NPD Vorstand Sachsen- Anhalt tritt fast geschlossen zurück. Nach internen Streitigkeiten zwischen Matthias Heyder/ Phillipp Vallenta und der Fraktion um die Vorsitzenden Carola Holz ist es zum Bruch in der neofaschistischen NPD in Sachsen- Anhalt gekommen. Der Clique um Holz, der auch Jens Bauer angehört, warfen u.a Heyder & Vallenta vor nur nach Macht zu gieren; gleichzeitig ihre Autorität zu missbilligen und zu untergraben. Der Bundesvorstand übernahm die Kontrolle der Leitung, bis auf Weiteres.

- In Stadtfeld wurde scheinbar einem Neonazi mal wuchtig an sein Fenster geklopft.

- Am 20.9 2008 nach dem die Demo der Nazis in Dessau vorüber war versuchten ca. 30 Nazis am Magdeburger Hauptbahnhof in die Innenstadt zu gelangen. Die Polizei forderte die anwesenden Punks (ca. 20) auf doch bitte zu gehen da nicht genügend Kräfte vorhanden seien. Die Aufforderung wurde ignoriert. Zum Schluss hatte die Anzahl der Beamten doch ausgereicht um direkte Konfrontationen zu verhindern.

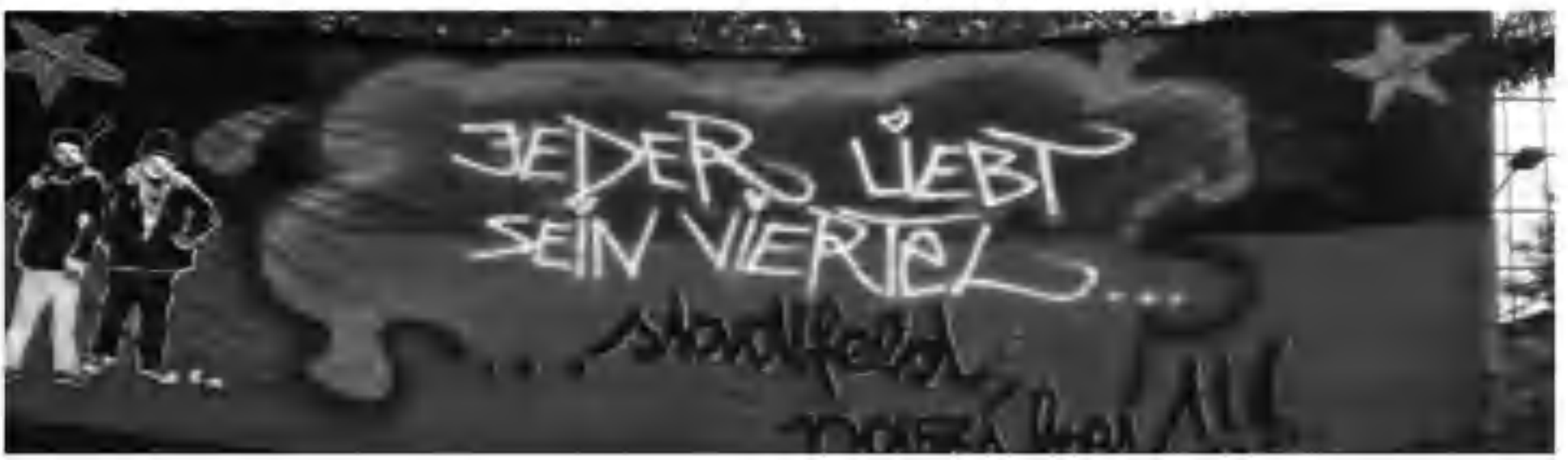
- Am Sonntag den 21.9.2008 gegen 01:00 Uhr wurden fünf Jugendliche auf dem Breiten Weg in Höhe eine Schnellrestaurants von einer Gruppe von acht bis zehn jugendlichen männlichen Personen geschlagen und getreten. Die fünf Geschädigten, zwischen 18 und 27 Jahre alt, befanden auf dem Gehweg als sie plötzlich aus einer Gruppe, augenscheinlich der Hooliganszene zugehörig, zunächst verbal mit den Worten: "Den Zecken hauen wir eine drauf" und im weiteren körperlich angegriffen wurden. Laut eigenen Angaben sind die Geschädigten nicht der linken Szene zugehörig. Die fünf Jugendlichen erlitten Platzwunden und Hämatome. Eine ärztliche Behandlung lehnten sie ab. Die unbekannten Tatverdächtigen sind flüchtig.

- Farbanschlag auf Pelzgeschäft in Magdeburg: Bei Indymedia hieß es: " In der Nacht vom Sonntag den 28.09. zum Montag den 29.09. haben wir im Rahmen der dezentralen Aktionstage gegen Pelzhandel den einzigen Pelzladen in Magdeburg mit roter Farbe und Steinen angegriffen. Es handelt sich dabei um das Modegeschäft „Leder und Pelze" des Inhabers Stefan Gehring am Hasselbachplatz 1. Wir wollen mit dieser direkten Aktion die Normalität der Tierausbeutung aufbrechen und skandalisieren. Nicht nur der Besitzer des Ladens und dessen KundInnen, sondern auch die schweigende Öffentlichkeit tragen Verantwortung für tausende Morde an fühlenden Individuen auf den Pelzfarmen jedes Jahr. Wir werden uns nie mit Tierausbeutung abfinden und erst aufhören, wenn alle Käfige leer sind."

- Am Montagabend den 29.9.2008 wurde ein 14 jähriger Jugendlicher von einer Gruppe von 4 Mädchen in Magdeburg angegriffen. Der Junge türkischer Abstammung wurde von den Mädchen gefragt ob er etwas gegen Deutsche hätte. Nach der verbalen Attacke drückten sie eine Zigarettenkippe an seinem Hals aus.

- Am 3.10.2008 fand erneut ein antifaschistisches Fußballturnier in der Beimssiedlung statt. An diesem Tag stand das Turnier unter dem Motto "Fußball gegen Deutschland" und es kamen 100 Leute zum kicken oder zuschauen.

- In der Nacht vom 3. zum 4.10.2008 wurde ein Punk von 4 Nazibirnen am Olvenstedter Platz niedergeschlagen. Mit der Aussage – „er solle sich aus Stadtfeld verpissen...das ist unser Viertel"- schlug der größte Nazi ihm ins Gesicht. Der Punk trug außer einem blauen Auge keinen Schaden davon.



Antifaschistische Demonstration | Sa. 18. Oktober 08
13 Uhr | Magdeburg

Treff: Endhaltestelle der Straßenbahnlinien 3 und 9 (Leipziger Chaussee)

"In Gedenken an alle Opfer faschistischer Gewalt! Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren!"

Rick und Marcel - von Nazis ermordet

In der Nacht vom 16. zum 17.August 2008 wurde der 20-jährige Rick L. in Magdeburg / Reform von einem Nazi totgeschlagen. Rick war an dem Abend in der Großraumdiskothek „Funpark" und traf dort auf seinen Mörder Bastian Ostermann (20). Rick bezeichnete diesen als „Nazi" - wenig später war er tot.
In den frühen Morgenstunden des 17. Augustes wurde Rick an einer Bushaltestelle, in der Nähe des „Funparks", so schwer von dem Faschisten zusammengeschlagen, dass er an seinem eigenen Blut erstickte.
Ostermann wurde schon am darauf folgenden Tag festgenommen und sitzt derzeit in U-Haft. DNA Spuren, Zeugenaussagen und das Auffinden von einigen Gegenständen von Rick in der Wohnung des Nazis lassen keine Zweifel an seiner Schuld.
B. Ostermann ist der örtlichen Antifa kein Unbekannter. Schon 2006 hat er einen Studenten aus Togo erst rassistisch beleidigt, dann geschlagen und anschließend seinen Hund auf ihn gehetzt. Auch wegen Volksverhetzung wurde er verurteilt.

Eine Woche später in Bernburg (24. August '08) wurde der 18-jährige Marcel W. von dem Neonazi David B. in dessen Wohnung mit mehreren Messerstichen ermordet. David B. war zuvor schon als rechts-
extremer Gewalttäter bekannt. Er beteiligte sich regelmäßig an Aktionen des "nationalen Widerstands".
Marcel wurde mehrmals von dem Nazi angegriffen, zuletzt wurde er am 20. November 2007 von seinem Mörder attackiert.Er hatte seitdem panische Angst vor David B., wie Freunde berichteten.

Marcel sollte gegen diesen Nazi Aussagen in einem Strafverfahren machen. Nachdem er zu zwei Verhandlungstagen nicht erschienen ist, sollte er am Dienstag, den 26. August, als Zeuge zwangsvorgeführt werden. Da war er jedoch schon tot. In der hiesigen Presse spielt dieser Vorfall nur eine marginale Rolle.

Kontinuität faschistischer Gewalt

Rick und Marcel waren nicht die Ersten, die der menschenverachtenden Ideologie der (Neo-) Nazis zum Opfer fielen. So wurden in Deutschland seit der Wiedervereinigung 1990 nach offiziellen Zahlen über 140 Menschen von Nazis ermordet. Die realen Zahlen werden jedoch weit höher liegen, wenn mensch sich überlegt, dass z.B. der Mord an Frank Böttcher bis heute nicht als politisch motiviert gilt.
So ist Rick mittlerweile das 5. Todesopfer neofaschistischer Gewalt in Magdeburg:

9. Mai 92: Thorsten Lamprecht wird bei einem Naziüberfall auf die Elbterrassen ermordet. 8 weitere Personen werden schwer verletzt.
24. April 93: Mathias L. wird bei einem Naziübergriff auf eine Diskothek erschlagen.
27. September 94: Farid Boukhit stirbt an den Folgen seiner Verletzungen durch die Himmelfahrtskrawalle in Magdeburg vom 12. Mai 1994.

8. Februar 97: Frank Böttcher wird in Magdeburg / Olvenstedt von Nazis erstochen. Seit Jahren wird die Gedenktafel regelmäßig geschändet.
17. August 08: Rick L. wird brutal von einem Nazi ermordet.

Diese Morde sind ein zwangsläufiger Ausdruck der faschistischen Ideologie der Nazis, welche auf Rassismus und dem „Recht des Stärkeren" beruht.
Faschistische Gewalt hat eine lange Tradition in Magdeburg und gehört hier zum Alltag. Täglich gibt es faschistische Übergriffe, von denen alle betroffen sind, die nicht ins menschenverachtende Weltbild der Nazis passen. Viele von uns haben faschistische Gewalt in irgendeiner Form schon selbst erlebt.
Stadtherren, Bullerei und Lokalmedien haben ein funktionales Interesse an dem Umgang mit Neonazis. Es geht darum unter dem Deckmantel der Bekämpfung der rechtsextremen Szene Gesetzesverschärfungen durchzusetzen, welche im Enddefekt unsere Klasse und im speziellen die Linke ebenso betreffen werden. Gesetzesverschärfungen dieser Zeit stehen tatsächlich im Zusammenhang mit dem Sozialabbau, jedoch werden diese uns von den bürgerlichen Medien oft als Kampf gegen Rechts verkauft. Des Weiteren geht es um den krampfhaften Versuch der Stadt ein weltoffenes „Saubermann" – Image zu verleihen.
Stadtherren, Bullerei und Lokalmedien versuchen die Situation der faschistischen Gewalt zu verharmlosen und zu deckeln, wo es nichts mehr zu deckeln gibt.
So gilt der Mord an Frank Böttcher 1997 bis heute nicht als politischer Mord. Ganz ähnlich wird jetzt auch mit den erneuten Nazimorden an Rick (laut Lokalpresse „Discomord") und Marcel („Gewaltkonflikt zwischen alkoholisierten Jugendlichen") umgegangen.

Wir können es nicht zulassen, dass die Morde an Rick und Marcel weiterhin entpolitisiert und die alltägliche Bedrohung durch Faschisten hier in dieser Stadt verharmlost werden.
Linke Politik darf nicht schweigen - sie muss faschistische Gewalt aber auch deren Zusammenhang mit einer auf Egoismus basierenden kapitalistischen Ellenbogengesellschaft thematisieren. Einer menschenverachtenden Ideologie muss eine linke Politik entgegenstehen, die für Solidarität, gegenseitige Hilfe und der Achtung vor dem Leben steht.

Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren

Unsere Antwort als radikale Linke auf diese Situation muss in erster Linie der Aufbau des antifaschistischen Selbstschutzes sein. Wir müssen die Menschen aus unserer Klasse schützen - sowohl im Stadtteil, Flüchtlingsheimen, Obdachlosenunterkünften oder alternativen Treffpunkten.

Schafft und unterstützt den antifaschistischen Selbstschutz!

Kein Raum für Nazis!

Bündnis Autonomer
AntifaschistInnen [Magdeburg]

>>> www.gegen-nazis-md.de.vu <<<

Kurzvorstellung Part I: Zusammen Kämpfen

Wir sind ein Zusammenschluss aus Menschen der „Autonomen Antifa Magdeburg“, „Gruppe Internationale Solidarität“ , Frauengruppe und der Offenen Antifa. Im Zuge einer gemeinsamen Anti - G8 - Mobilisierung und einem damit verbundenen politischen Diskussions- und Erfahrungsprozess kamen wir zu der Entscheidung uns gemeinsam zu organisieren.

zusammen kämpfen

Für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung

Wir stammen aus unterschiedlichen Teilbereichskämpfen, zu denen wir kontinuierlich arbeiteten. Dass heißt, dass wir jeweils im antifaschistischen, antipatriachalen und antiimperialistischen / internationalistischen Bereich den Schwerpunkt unserer politischen Arbeit sahen. Wir versuchten diese zwar in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu setzen, jedoch zeigte sich immer wieder auf's Neue, dass ohne eine verbindliche teilbereichsübergreifende Organisierung es unmöglich ist, eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln und voranzubringen.

In diesem Sinne ist für uns der Zusammenschluss „Zusammen Kämpfen“ ein Fortschritt in unserer politischen Arbeit, wo eine gesamtgesellschaftliche Perspektive durch die Vereinigung verschiedener Teilbereichskämpfe entwickelt werden kann. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist die Stärkung unserer Strukturen, durch welche erst eine Kontinuität in der politischen Praxis vor Ort gewährleistet werden kann.

Neben der theoretischen Weiterentwicklung, deren Ergebnis in ein paar Monaten sichtbar werden, legen wir momentan viel Wert auf die Weiterentwicklung der bisher stattgefundenen politischen Arbeit in Magdeburg.

Im Folgenden wollen wir die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit kurz vorstellen, welche wir momentan tragen:

1.) Internationaler Klassenkampf / Stadtteilkampf

Wir sind Teil der ausgebeuteten Klasse in den Metropolen im Zeitalter des Imperialismus. Wir sehen im Kapitalismus nicht den Hauptwiderspruch, sondern den derzeit dominantesten Widerspruch, welcher andere Widersprüche nutzt und damit verstärken kann. Geschichtlich hat sich gezeigt, dass eben nicht mit der Zerschlagung des Kapitalismus sich andere Widersprüche automatisch auflösen (z.B. patriachale und rassistische Unterdrückungsverhältnisse).

Klassenbewusstsein vor Ort aufzubauen und unsere Beteiligung an weltweiten Klassenkämpfen ist eine Grundlage im revolutionären Prozess. Die Vermittlung von und die Auseinandersetzung mit internationalen Klassenkämpfen und revolutionären Bewegungen ist dabei ein Kernpunkt unserer lokalen Praxis.

Kapitalismus beutet jedoch nicht nur den Menschen, sondern auch die Natur aus. Deshalb setzen wir uns als InternationalistInnen und AntikapitalistInnen mit der Überausbeutung der Erde und ihrer Ressourcen auseinander.
Ein weiterer zentraler Punkt unserer Praxis ist der Kampf gegen Rassismus.

2.) Antifa als Selbstschutzprojekt

Antifa ist nicht der Ausgangspunkt unserer politischen Arbeit, sondern begründet sich in der ganz konkreten Dringlichkeit im Klassenkampf.
Wir sind der Meinung „die beste Antifapolitik ist linke Politik", das heißt die Vermittlung revolutionärer Inhalte und den Aufbau revolutionärer Strukturen. Die Erfahrungen aus der Antifabewegung der 90er haben uns gezeigt, dass es nicht möglich ist gesamtgesellschaftliche Politik unter Antifa zu subsumieren (bsp. Antifa als Ausgangspunkt revolutionärer Politik/ Antifa als Haupthebel zur Vermittlung revolutionärer Positionen).Denn so ist nicht jeder Antifaschist ein Revolutionär!

Antifa muss für uns in Anbetracht der Kräfte, nicht nur in Magdeburg / Sachsen Anhalt, den Selbstschutz aufbauen und organisieren.
„Selbstschutz", das heißt den konkreten Kampf gegen lokale Nazis zu führen und den Aufbau des Schutzes vor faschistischen Übergriffen.

3.) Kampf gegen Repression

Die Erfahrungen sowohl in Magdeburg, als auch weltweit betrachtet, haben uns gezeigt, dass linke Politik Kriminalisierungen ausgesetzt ist, sobald sie Wirkung entfaltet. Das zeigt uns die Notwendigkeit kontinuierlich arbeitender Antirepressionsstrukturen. Damit verbunden sind auch die Unterstützung von kriminalisierten GenossInnen und die Stärkung des Bewusstseins für diese Thematik. Deshalb unterstützen wir das „Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen" und die „Rote Hilfe".
Unsere Gefangenen sind unsere Würde!

Für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - Zusammen Kämpfen!

Juli 2008

Gesinnungsstrafrecht & Schnüffelparagrafen

Die §§ 129 und 129a des Strafgesetzbuches (StGB) waren seit ihrer Einführung Mittel, um linke Bewegungen zu kriminalisieren. Mit dem Etikett "kriminell" bzw. "terroristisch" soll linke Politik diffamiert und gesellschaftlich isoliert werden. Mit dem neu eingeführten § 129b StGB wird jetzt auch die internationalistische Unterstützung linker ausländischer Bewegungen in Deutschland unter Strafe gestellt.

Weg mit §§ 129, 129a und 129b StGB!

Solidaritätskonto

Rote Hilfe e.V., Konto 191 100 462
Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46
Stichwort: Weg mit 129ab

Rote Hilfe e.V.
Postfach 3255, 37022 Göttingen
www.rote-hilfe.de

Kurzvorstellung Part II: Selbstverständninis der FAU Magdeburg

Nix los in Magdeburg?

ES könnte so schön sein: die Produktivität steigt und steigt, immer weniger Arbeit wird eigentlich benötigt, um ein menschenwürdiges Leben für alle zu garantieren. Und dennoch haben wir immer mehr Stress: entweder wir werden auf Arbeit verheizt, in der Schule oder Uni für den Überlebenskampf gedrillt oder auf den Ämtern schikaniert. Das Leben der meisten Menschen ist von Angst bestimmt - der Angst, den Job zu verlieren, allein zu sein, den Anschluss zu verpassen.

Als Entschädigung dafür dürfen wir - sofern wir ein erträgliches Einkommen haben - uns immer mal wieder irgendwelchen Scheiß kaufen, der meist nur dazu dient, sich selbst oder den Nachbarn "Erfolg" vorzugaukeln. Nüchtern betrachtet dürfte klar sein: SIE haben uns in Wirklichkeit nicht viel mehr zu bieten, als den ewigen Kreislauf von Malochen-Fernsehen-Schlafen und ab und an ein paar Wochen animierte Verwahranstalt auf Mallorca.

WIR - eine noch kleine Gruppe von Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen (vom Azubi und Studenten bis hin zum Langzeitarbeitslosen und Vollzeitmalocher) - haben uns zu einer Ortsgruppe der Freie ArbeiterInnen Union (FAU) zusammengeschlossen, weil wir der Meinung sind, dass das bestehende - ebenso unsinnige wie menschenverachtende - System einer organisierten Gegenwehr bedarf. Wir sind der Meinung, dass politische Feierabendaktivitäten wie auch Ein-Punkt-Bewegungen nicht ausreichend sind, wenn wir die heutigen Herrschaftsstrukturen ernsthaft in Frage stellen wollen. Die FAU versucht daher, den Widerstand dort zu organisieren, wo wir selbst am meisten betroffen sind: auf Arbeit, dem Arbeits- bzw. Sozialamt, der Uni oder dem ganz alltäglichen Lebensumfeld im Stadtteil.

Die FAU versteht sich als eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaft - ohne Funktionäre und fette Kassen, aber mit dem unbedingten Willen zur Solidarität und dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus. Die Entwicklung des DGB hin zu einem "ADAC für Arbeiter" steht in einem eklatanten Widerspruch zur ursprünglichen Zielsetzung von Gewerkschaften.
Gewerkschaftliche Organisierung muss Eigeninitiative möglich machen und sie nicht ersticken. Eine Gewerkschaft sollte den Rahmen für soziale Kämpfe auf allen Gebieten bieten. Betriebsarbeit ist für uns nur ein Aspekt gewerkschaftlicher Arbeit und die freie Gesellschaft vor allem auch eine Kulturfrage.
Gewerkschaften müssen,
wenn sie das Übel an der Wurzel packen wollen, die herrschenden Macht- und

Eigentumsverhältnisse in Frage stellen, anstatt sie zu zementieren. Nur eine solche Gewerkschaft wird in der Lage sein, dem Klassenkampf von oben die entsprechende Antwort zu liefern. Die FAU ist ein Versuch, so etwas aufzu-bauen.

Soviel der großen Worte - wie setzen wir diese Ansprüche konkret um? Bisher haben wir z.B. versucht, das zarte Pflänzchen sozialer Gegenwehr in Magdeburg zu unterstützen. Wir haben uns an den Mobilisierungen zur Demo am 3.4. in Berlin (und natürlich an der Demo selbst) und an der 1.-Mai-Kundgebung in Dessau beteiligt und wir arbeiten auch am hiesigen Sozialforum mit. Außerdem waren auf dem jüngsten Ostermarsch in die Colbitz-Letzlinger Heide vertreten und haben die NichtwählerInnen-Wahlsieg-Party zu den Kommunal-/Europawahlen mit organisiert. Bei verschiedenen Aktionen, wie z.B. dem Umsonstkino, sind wir mit eigenen Infoständen vertreten.

Künftig möchten wir uns verstärkt mit Fragen des Arbeits- und Sozialrechtes beschäftigen, um uns selbst und unseren FreundInnen bei Auseinandersetzungen mit dem Chef oder der Sachbearbeiterin unterstützen zu können. Außerdem wollen wir ein wachsames Auge auf die Entwicklungen in der Region halten, damit wir die - mit einiger Sicherheit in absehbarer Zeit aufflammende - Gegenwehr unterstützen, d.h. vor allem Solidarität organisieren können.
Damit wir selbst in der Lage sind, Auseinandersetzungen - auch auf globaler Ebene - zu verstehen, wollen wir eine kontinuierliche und zielgerichtete theoretische Debatte führen und regelmäßig öffentliche Diskussionen oder Infoveranstaltungen, aber auch Lesungen oder Liederabende organisieren. Und schließlich beabsichtigen wir natürlich, die Auseinandersetzung am eigenen Arbeitsplatz oder auf dem Amt - gemeinsam mit KollegInnen und Bekannten zu führen. Bei all unseren Aktivitäten wollen wir die Kontakte zu unseren MitstreiterInnen in den anderen Ortsgruppen und Syndikaten der FAU, wie auch international in der IAA, nutzen.

Das ist ein nicht eben geringer Anspruch - verglichen mit der Größe unserer Gruppe. Um unsere Ansprüche wirksam umsetzen zu können, brauchen wir natürlich möglichst viele MitstreiterInnen. Vielleicht kannst DU uns ja dabei unterstützen? Keine Angst - wir sind und brauchen keine Politprofis oder Berufsrevolutionäre. Gemeinsame Aktionen und Diskussionen sollen vor allem auch Spaß machen. Und nicht jedeR muss sich an allem beteiligen, was wir tun - uns ist klar, dass die meisten nur über ein arg beschränktes Zeitbudget verfügen. Was wir konkret angehen, hängt letztlich von den Leuten ab, die in der Gruppe mitarbeiten. Wir wollen keine Stellvertreterkämpfe für andere führen, sondern - gemeinsam mit anderen - die Probleme angehen, die uns unter den Nägeln brennen. Darin unterscheiden sich auch direkte Aktionen von Stellvertreterpolitik: wir appellieren nicht an andere, unsere Interessen zu vertreten, sondern nehmen die selbst in die Hand. Wichtig ist uns, dass wir uns und unsere Ziele Ernst nehmen, ohne dabei die Fähigkeit zu verlieren, über uns selbst lachen zu können.

Wenn wir dein Interesse geweckt haben sollten - du kannst jederzeit mit
uns Kontakt aufnehmen, Adressen und regelmäßige Termine findest du auf
unseren Webseiten..

Karriere bei der Bundeswehr?!

Die Bundeswehr ist der größten Arbeitgeber in der BRD. Viele junge Menschen werden mit falschen Versprechungen und dem Verschweigen wichtiger Tatsachen zur Verpflichtung bei der Bundeswehr überredet. Ob nun aus finanzieller Not oder Chancenlosigkeit in der Arbeitswelt. Gelockt werden sie mit kostenlosem Studium oder jahrelangem sicheren Gehalt. Die Zustände erinnern immer mehr an die Mechanismen der US-Army, die mit solchen Versprechungen gerade sozial Schwache und von Armut betroffene junge Menschen für ihre imperialistischen Kriege verpflichtet. In der heutigen Gesellschaft scheint es so als sei es wichtiger ein geregeltes Einkommen zu haben, als sich für ein friedliches und solidarisches Leben untereinander und zwischen Menschen verschiedener Länder, Religionen und Herkunft einzusetzen. Denn gerade das verhindert die Bundeswehr und die anderen Mitgliedstaaten der NATO! Seit dem völkerrechtswidrigem Jugoslawienkrieg 1999 nimmt die Bundeswehr wieder aktiv an Angriffskriegen teil. Als im Januar 2002 Soldaten der Operation „Enduring Freedom" in Afghanistan eintreffen sind auch Kräfte der deutschen „Kommando Spezialkräfte" (KSK) unter ihnen. Die Lage der Menschen in Afghanistan ist momentan katastrophal. Und dank der von den USA eingesetzten Regierung sind nun wieder Männer der Taliban im Parlament. Mensch kann also kaum von einem „befreiten" Land sprechen, eher wohl von einem Land das am Ende ist und von Marionetten aus den USA und der NATO regiert wird.

Solche Kriege dienen vornehmlich der Sicherung von Rohstoffquellen um den

Lebensstil der „westlichen Welt" zu finanzieren und unseren Luxus bezahlbar zu machen. Die eigentlichen Gewinner dieser Kriege sind Rüstungsindustrie, Wirtschaft und Führungseliten die sich für ihre menschenverachtende Praktiken nie zu Rechenschaft ziehen lassen müssen, da sie ja „nur" am „Wohle" unterdrückter Menschen interessiert sind. Wir müssen uns aktiv gegen diese Praktiken stellen und ihnen eine klare Absage erteilen. Denn wir alle haben die Wahl ob wir uns von diesen Kriegstreibern benutzen lassen oder ob wir als denkende und fühlende Menschen diesem System einen Schlag versetzen wollen.

Dies geschieht durch dein NEIN zu Kriegen, durch dein NEIN zur Wehrpflicht, durch dein NEIN zu patriarchalischen, chauvinistischen, faschistischen und obrigkeitshörigen Einrichtungen wie der Bundeswehr.
Lass dir keine Lügen über eine Karriere bei der Bundeswehr erzählen die DU auf

Keine Ausbildung zum Krieg!

Bundeswehr wegtreten

dem Rücken anderer Menschen und für die Interessen der herrschenden Eliten aus trägst, lass dir den Kopf nicht von ihren Angeboten vernebeln. Denn letzen Endes bist du ihr Söldner und machst ihre dreckige Arbeit mit der sich Wirtschaft und Politik nicht die Hände schmutzig machen wollen.

Wieder Entwaffnung jetzt!
Bundeswehr abschaffen!
Gegen imperialistische Ausbeutungskriege und faschistische Strukturen!

In Magdeburg gab es in den letzten Monaten verschiedene antimilitaristische Aktivitäten. Das öffentliche Gelöbnis am 06.06.08 auf dem Alten Markt wurde von AktivistInnen durch das Rufen von Parolen (Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt!)gestört, ein Transparent konnte wegen dem schnellen Zugriff von Bullen und Feldjägern nicht entrollt werden. In der Nacht vor dem Gelöbnis wurde auch das Bundeswehrdienstleistungszentrum mit Farbe verschönert und auf der Straße vor dem Gebäude war danach:"Gelöbnix! Für die selbstorganisierte Abrüstung!" zu lesen.
Die Dringlichkeit für solche Aktionen muss nicht weiter erklärt werden. Es ist heute nötiger denn je der Bundeswehr in den Rücken zu fallen und somit ein Zeichen gegen ihre imperialistischen Kriege zu setzen!

Über drei Berliner Antimilitaristen wurde schon in der letzten Ausgabe der Rabatz ausführlich berichtet, am 25. September hat der Prozess gegen Axel, Olli und Florian begonnen.

Auf folgender Internetseite findet ihr aktuelle Infos zum Prozess:
Einstellungsbündnis:
http://einstellung.so36.net

Die katholische Kirche will weiterhin von »Zigeunern« sprechen, auch wenn sich der Zentralrat der Sinti und Roma dagegen verwahrt. Die Kirche wisse um die negativen Assoziationen, die dem Wort anhafteten und um die historische Belastung durch die Verbrechen der Nazis, erklärte der Bischof von Hildesheim, Norbert Trelle, am Montag zu Beginn des Weltkongresses der »Zigeuner-Seelsorge« in Freising. Andererseits wolle die Kirche gerade deshalb weiter von »Zigeunern« sprechen, weil das Wort durch jahrhundertealte Vorurteile besudelt und für die Naziverbrechen mißbraucht worden sei. So solle dem Begriff seine Würde und Bedeutung zurückgegeben werden, erklärte Trelle. Als wäre der Gebrauch eines rassistisch konnotierten Begriffs Ausdruck von kirchlicher Gnade. Der Zentralrat der Sinti und Roma hatte der katholischen Kirche vorgeworfen, mit der Begriffsverwendung Vorurteile zu schüren und außerdem den Blick auf die Minderheit zu verstellen. (AFP/jW)

Volksstimme

An die Bevölkerung Magdeburgs

Die Revolution in Magdeburg.

Die Arbeiter beherrschen die Straße

Am 03.November 1918, als die revolutionären Matrosen von Kiel durch ihren Aufstand und durch die Wahl von Arbeiter -und Soldatenräten das Signal zur Revolution gaben, rief die SPD-Führung in Magdeburg, durch den Druck der Volksmassen und der Mitglieder der eigenen Partei gezwungen, um 11:00 Uhr zu einer Massenkundgebung auf dem Rotehorn auf. Obwohl Demonstrationsverbot bestand, bewegten sich von 9:00 Uhr ab etwa 50000 Menschen, unter ihnen viele Soldaten aus den Magdeburger Arbeitervororten, über die Strombrücke zum Kundgebungsgelände. Auf der Kundgebung, die unter der Losung „Schluss mit dem Weltkrieg“ stand, sprachen von vier Tribünen herab Beims, Wittmaack, Landsberg und Peus (alle SPD).
Während der Kundgebung organisierten Mitglieder des Spartakusbundes und andere revolutionäre Arbeiter, unzufrieden mit den vorgeschlagenen Maßnahmen der SPD-Führung, gegen den Willen der Leitung der Kundgebung, eine Demonstration zur Innenstadt. Während beim Anmarsch zur Kundgebung die Straßen noch voller Polizisten waren, hatten sich jetzt diese beim Nahen der riesigen Marschsäule, der größten Demonstration, die Magdeburg bis dahin erlebte, in ihre Reviere verkrochen. Die Arbeiter und Soldaten beherrschten praktisch an diesem 03. November die Straßen Magdeburgs. Nach dem Bekannt werden der Ereignisse in Kiel erreichte die Flutwelle der Revolution auch Magdeburg, Halberstadt, Stendal, Staßfurt, Schönebeck, Wolmirstedt, Oschersleben, Salzwedel und andere Städte unseres Bezirkes.
Schon am 07.November steigerte sich in Magdeburg, hervorgerufen durch eine schändliche Tat eines kaiserlichen Offiziers, die revolutionäre Stimmung der Magdeburger Werktätigen zur Siedehitze.

Auf dem Hauptbahnhof traf eine aus Kiel kommende Gruppe roter Matrosen ein. Als sie von den noch mit den kaiserlichen Emblemen ausgestatteten Soldaten der Bahnhofswache kontrolliert werden sollten, weigerten sich diese und forderten ihrerseits diese auf, die schwarzweißroten Kokarden und Bänder abzulegen.
Der diensthabene Offizier, ein Oberstleutnant, befahl den jungen Soldaten der Bahnhofswache, in den Zug zu schießen, diese weigerten sich jedoch. In seiner Wut zog er selbst die Pistole und traf einen der Matrosen schwer am Kopf. Nach dieser feigen Tat flüchtete der Offizier, wurde aber am nächsten Tag verhaftet. Die Kunde von diesem Mordanschlag verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch die ganze Stadt und rief eine große Empörung hervor.

Auf dem Magdeburger Rathaus weht die rote Fahne

In den Morgenstunden des 08. November hatten sich einige hundert bewaffnete Soldaten zur Durchsetzung ihrer Forderung nach Beendigung des Krieges und Beseitigung des reaktionären Regimes von der Encke-Kaserne aus in Richtung Stadtmitte in Bewegung gesetzt. Diesem Zug schlossen sich unterwegs noch viele Soldaten und auch Arbeiter an, so dass dieser bald auf mehrere Tausend anstieg.
Fabrikarbeiterinnen, die sich dem Zuge angeschlossen hatten, brachten ihre Empörung gegen das Regime mit den Worten zum Ausdruck:
„Vier Jahre Hunger, vier Jahre unsere Männer im Felde und alles nur für die Dickköppe, Schluss damit."

Diese Demonstration war der Auftakt für die revolutionären Aktionen in Magdeburg. Verbindungsleute der revolutionären Soldaten setzten sich sofort mit Soldaten anderer Kasernen und den Arbeitern in den Betrieben in Verbindung und forderten sie auf, ihrem Beispiel zu folgen. Gegen Mittag standen die Betriebe still und eine große Menschenmenge bevölkerte die Innenstadt.
Eine Gruppe Arbeiter und Soldaten drangen in das Rathaus ein und hissten die rote Fahne der Revolution. Das Bezirkskommando, in dem eine Anzahl Arrestanten inhaftiert waren, wurde gestürmt, die Offiziere und Beamten hinausgejagt und die Arrestanten befreit. Das Gleiche vollzog sich im Militärgerichtsgebäude.

Hier unterbrach die Volksmenge eine Sitzung des Militärgerichts und befreite ebenfalls die Gefangenen. Die Akten des Militärgerichts wurden sämtlich auf die Straßen geworfen. Viele Soldaten entfernten sich aus ihren Kasernen, um in ihre Heimat zu fahren.

Der Bahnhofsvorsteher des Magdeburger Hauptbahnhofes, ein reaktionärer, kaiserlicher Beamter, wollte zur Verhinderung dessen den Abgang eines Zuges in Richtung Stendal verhindern. Nachdem er eine Tracht Prügel bezogen hatte, zog er es jedoch vor, das Feld zu räumen.

Die revolutionären Arbeiter und Soldaten entwaffnen das reaktionäre Offizierskorps und befreien die politischen Gefangenen

Nachdem bekannt wurde; dass sich eine größere Anzahl von Offizieren im Generalkommando verschanzt hatte, zog ein Zug revolutionärer Soldaten dorthin, um die Offiziere zum Verlassen dieser Dienststelle zu zwingen. Alles Sträuben der Offizierselite nutzte nichts, sie wurden entwaffnet, und die kaiserlichen Rangabzeichen wurden ihnen abgerissen. Eine weitere größere Gruppe revolutionärer Soldaten besetzte die Haftanstalt am Justizpalast. Diese Aktion wurde vom Mitglied des Spartakusbundes Albert Grosse vorbereitet und unter dessen Führung durchgeführt. Albert Gosse war von 1917 bis 1918 dort als politischer Gefangener inhaftiert und schweren Schikanen ausgesetzt. Sein gesamtes Denken war am 08. November davon ausgefüllt, sämtliche politische Gefangenen sofort zu befreien. Sein Plan wurde von Albert Stark, einem Feldwebel des 26er Infanterieregiments in Magdeburg, unterstützt.

Als die ersten Demonstrationszüge die Stadt durchzogen, führte A. Grosse den revolutionären Zug Soldaten zur Haftanstalt, wo kaum Widerstand geleistet wurde. Nachdem noch in der Zitadelle(Festungsgelände an der Strombrücke, an der Ostseite der Elbe gelegen, 1922-24 abgerissen) die Gefangenen befreit wurden, wurde in den Mittagsstunden des 08. November der revolutionären Bewegung kein sichtbarer Widerstand mehr entgegen gestellt. So ohnmächtig war das verhasste alte Regime, und so stark war die Kraft der revolutionären Arbeiter und Soldaten.

Jetzt kam es darauf an, das Programm des Spartakusbundes vom 07. Oktober 1918 zu verwirklichen, um damit den Ausgangspunkt für die Schaffung wirklicher demokratischer Verhältnisse zu erreichen. Der weitere Verlauf der Revolution zeigte aber, dass die Führung der beiden Arbeiterparteien, der SPD sowie auch der USPD, nicht bereit war, die Arbeiter zum Siege zu führen, sondern ihr Ziel bestand darin, die Revolution abzuwürgen.

Quelle: „9. November; Der Kampf der Arbeiterklasse im Bezirk Magdeburg“

Aufruf anlässlich des Prozesses gegen Axel, Florian und Oliver

Linke Politik verteidigen! Solidarität mit allen AntimilitaristInnen!

Am 25. September hat der Prozess gegen Axel, Florian und Oliver vor dem Berliner Kammergericht begonnen. Ihnen wird vorgeworfen, Ende Juli 2007 versucht zu haben, auf dem nachts menschenleeren Gelände der MAN AG in Brandenburg (Havel) drei Bundeswehrfahrzeuge anzuzünden.

Als KriegsgegnerInnen und AntimilitaristInnen sehen wir im Unschädlichmachen von Kriegsmaterial – und um nichts anderes handelt es sich bei Bundeswehr-Lkws, spätestens seit Deutschland sich an Angriffskriegen beteiligt – eine konkrete Abrüstungsinitiative. Einer solchen Aktion gilt unsere Solidarität! Es gibt viel zu viele Bundeswehrfahrzeuge!

Seit dem Ende des „kalten Krieges" folgt dem Gleichgewicht des Schreckens ein Schrecken ohne Ende: permanenter Krieg an allen Fronten. Mal als „humanitäre Intervention" im Namen der Menschenrechte, mal als „Krieg gegen den Terror" verkauft, wird die nun nicht mehr durch die Systemkonkurrenz ausgebremste kapitalistische Weltordnung polizeilich und militärisch ausgebaut. Und die BRD mischt kräftig mit, unter anderem in Afghanistan.
Wir wehren uns gegen eine solche Politik, die unverhohlen und zunehmend selbstherrlicher auf die militärische Karte setzt, um ökonomische Dominanz und politische Großmachtambitionen durchzusetzen.

Gegen die stetige Militarisierung der Gesellschaft setzen wir auf praktischen Antimilitarismus von unten. Proteste gegen die Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehrmandates in Afghanistan sind ein notwendiger Bestandteil, auch wenn es uns um den vollständigen Abzug aller Truppen geht. Und um noch viel mehr: tagtäglich erleben wir auch hier im globalen Norden die Folgen einer militarisierten Politik. Dem Krieg nach außen entspricht der Krieg nach innen: Rüstungsausgaben statt Sozialpolitik, Ausbau der Festung Europa gegen Flüchtlinge, militärische Sperranlagen und Tornado-Einsatz statt Absage eines unpopulären G8-Gipfels in Heiligendamm, Abbau von BürgerInnenrechten, zunehmende elektronische Überwachungsmaßnahmen und Ausbau von Gefängnissen. Diese Situation fordert einen Antimilitarismus auf vielen Ebenen: als kritische Stimme vor Parlamentsdebatten, als alltäglichen Widerstand gegen den sozialen Angriff, als praktische Intervention gegen militärische Infrastruktur und Rüstungsprofiteure...

Die BRD führt Kriege und dabei will sie sich nicht stören lassen. Entsprechend sollen KriegsgegnerInnen „mit der ganzen Härte des Gesetzes" bestraft werden.

Axel, Florian und Oliver werden nicht allein wegen einer versuchten Brandstiftung vor Gericht stehen, ihnen wird außerdem die Mitgliedschaft in der mg (Militante Gruppe) vorgeworfen.

Ins Visier der BKA-Überwachung gerieten die drei aufgrund des Kontakts zu einer Gruppe politisch aktiver Wissenschaftler, die gleichfalls der Mitgliedschaft in der mg verdächtigt werden. Die mg beteiligte sich seit 2001 an Debatten um Theorie und Praxis militanter Politik und hat sich zu über 20 Aktionen bekannt, u..a. auf Konzerngebäude, Polizei-und Bundeswehrfahrzeuge. Mit ihren Texten und Aktionen griff sie zahlreiche Themen der Linken auf: NS-Zwangsarbeiterentschädigung, Hartz IV, Lohnraub und Entlassungen, Abbau von Gewerkschaftsrechten, Abschiebungen und das tödliche Schicksal von Flüchtlingen, politische Gefangene, staatliche Repression, imperialistische Kriege.

Seit Jahren fahndet das BKA erfolglos nach Mitgliedern der mg auf der Grundlage des §129a und 129 (Bildung einer terroristischen bzw. kriminellen Vereinigung), der schärfsten Waffe des Staates gegen politische GegnerInnen. Mithilfe des §129a , der den Behörden ein umfassendes Ermittlungsarsenal zur Verfügung stellt (Telefonüberwachung, Brief- und Email-Kontrolle, Observationen, Hausdurchsuchungen), werden v.a. linke Strukturen immer wieder ausgeforscht, in ihrer Arbeit blockiert und versucht einzuschüchtern. Dies betrifft u.a. auch AktivistInnen aus der Antifa-Bewegung und den Kampagnen gegen Gentechnik.

In Stuttgart-Stammheim läuft derzeit ein Prozess gegen fünf Linke aus der Türkei, denen die Mitgliedschaft in der DHKP/C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei/ Front) vorgeworfen wird. Hier wird zum ersten Mal der 2001 neu geschaffene §129b („Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung") gegen eine linke Organisation eingesetzt.

Die 129er-Paragraphen sind das Kernstück des politischen Strafrechts gegen Linke in der BRD. Sie dienen der Durchleuchtung und Einschüchterung außerparlamentarischer Bewegungen. Sie fokussieren aber vor allem jene, die die zugelassenen Areale politisch erwünschter Betätigung bewusst überschreiten.
Die radikale Ablehnung von Kriegspolitik, die Überzeugung, dass eine solidarische Weltordnung der Überwindung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems bedarf, sind Gründe, ins Visier der Ermittler zu geraten. Sich verdeckt zu organisieren (Vorsicht am Telefon, Verschlüsseln von Emails und Computerfestplatten, Achtsamkeit vor Observationen) - für viele politische AktivistInnen in Zeiten eines zunehmend repressiven Überwachungsstaates eine Frage der Würde, des Selbstschutzes und der puren Notwendigkeit für offensive Politik –

gilt zugleich als Anfangsverdacht der Ermittlungen und Indiz der Anklage.

Wir rufen auf, den Prozess gegen Axel, Florian und Oliver aufmerksam zu verfolgen und aktiv solidarisch zu begleiten.

Solidarität ist unsere Waffe, nutzen wir sie!

129a-Soli-Shirts der Roten Hilfe

Jetzt zu bestellen beim Rote Hilfe-Literaturvertrieb!

schwarzes T-Shirt, roter Aufdruck
vorne: Rote Hilfe-Logo
hinten: Wir sind alle 129a
Größen: S, M, L, XL, XXL
sowie im Girly-Style: M, L

Preis pro T-Shirt:
10 EUR (zzgl. Versandkosten)
Der Erlös ist zugunsten der von §129/129a-Verfahren betroffenen GenossInnen bestimmt!

Bestellungen an: Rote Hilfe Literaturvertrieb, Postfach 6444, 24125 Kiel
literaturvertrieb@rote-hilfe.de * Telefon & Fax: 0431-75141

In anderen europäischen Ländern wurden AktivistInnen, die ebenfalls Kriegsmaterial zerstört hatten, von Gerichten freigesprochen, mit der Begründung, ihre Sabotageaktionen hätten dem Ziel gedient, weit schlimmere Taten als eine „Sachbeschädigung" zu verhindern. Auch wir fordern einen Freispruch für Axel, Florian und Oliver.

Antimilitaristischer Widerstand ist notwendig und legitim. Nutzen wir das Verfahren für eine Verbreiterung der Auseinandersetzung um Antimilitarismus und selbstbestimmte Abrüstungsinitiativen.

Einstellung aller §§ 129a/b-Verfahren!
Abschaffung der §§ 129a/b!

Freispruch für Axel, Florian und Oliver!

Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren

Wir brauchen dringend Geld für die Öffentlichkeitsarbeit zum Prozess! Spenden bitte überweisen an:
Rechtsanwalt Thomas Herzog,
Postbank Essen BLZ 360 100 43,
Konto-Nr. 577 701 432, V
erwendungszweck: Sonderkonto

Prozesstermine:
25.09.2008, 1.10., 8.10., 9.10., 15.10., 16.10., 29.10., 30.10., 5.11, 6.11., 12.11, 13.11., 10.12., 11.12., 17.12., 18.12.2008, 7.1.2009.
Jeweils 9 Uhr (ausgenommen am 1.10. (11 Uhr) und am 8.10. (13 Uhr)),
Kriminalgericht Moabit, Turmstrasse 91, 10559 Berlin, Saal 700 (wo etwa 50 Personen

Israel /, Anarchists Against the WAll (AATW) Aufruf: Helft uns dabei den gemeinsamen Kampf weiterzuführen

Mit der ansteigenden staatlichen Verfolgung von palestinänsischen Demonstranten_innen, beginnt die AATW-Initiative jetzt mit dem Sammeln von Spendengeldern um ihre schon vorhandenen Fonds zu erweitern, sodass auch palestinänsische Demonstranten_innen bei androhender Haft, Verletzung oder Verfolgung einen Teil unserer Mittel mitnutzen können. Dies ist eine Addition zu den Schulden von 15.000 US-Dollar, welche aus z.B. den Gerichtsverfahren israelischer Anti-Mauer-Demonstranten_innen resultierten.

Ein Spendenaufruf:

Lieber Freund - Liebe Freundin,
Die steigenden Kosten des gemeinsamen israelisch-palestinänsischen Kampfes gegen die Besetzung, und sich vervielfachende staatliche Repressionsmaßnahmen gegen palestinänsische Aktivisten_innen, zwingen uns dazu diesen dringenden Spendenaufruf zu verfassen. Wir bitten dich um deine Hilfe um die Arbeit der israelisch anarchistischen Gruppe "Anarchists Against the Wall" fortzuführen - und was vielleicht viel wichtiger ist - es uns zu ermöglichen den Fond zu erweitern, damit er auch die Bedürfnisse unserer palestinänsischen Partner_innen bei politischen Repressionsmaßnahmen seitens des Staates Israel abdecken kann.

Seit 2003 unterstützt die Gruppe den palestinänsischen Kampf gegen Israels Besetzung und speziell gegen Israels Trennungsmauer.
Woche für Woche nimmt die AATW an den Aktionen des palestinänsischen Widerstandes in diversen Teilen der Westbank (eingeschlossen der Ortschaften al-Ma'asara, Süd Bethlehem, Beit Ummar, Nord Hebron, Bil'in und neuestens fast täglich Ni'ilin im westen von Ramallah) teil. Dort greift die Armee zu harten Maßnahmen um die Demonstrationen zu unterdrücken, wie z.B. öfters scharfe Munition zu verschießen, belagern und Ausgangssperren zu setzen.

Hunderte, wenn nicht tausende Aktivisten_innen wurden festgenommen und Duzende wurden für die Teilnahme an den Demos angeklagt. Glücklicher Weise wird die Gruppe von einer hingebungsvollen Anwältin, Adv. Gaby Lasky repräsentiert. Lasky hat unermüdlich gearbeitet um bei Demos oder direkten Aktionen in der West Bank und in Israel festgenommenen Aktivisten_innen schutz zu bieten. Obwohl die Unterstützung der AATW fast ein Vollzeitjob ist, willigte sie ein nur einen kleinen Teil ihrer Arbeit bezahlt zu bekommen. Trotz einer sehr erfolgreichen Spendensammlung letztes

Jahr, schuldet AATW Lasky immernoch ungefähr 15,000 US-Dollars.
In letzter Zeit beobachten wir eine ansteigende staatliche Verfolgung unserer palestinänsischen Partner_innen. Innerhalb unserer Solidarität wollen wir nun Spenden sammeln um den schon existierenden Fonds der AATW zu erweitern, sodass wir die Verteidigungskosten von festgenommenen Palestinänser_innen dazu tragen könnten. Dies geschiet als Addition zu den zuvor erwähnten Schulden, Ausgaben für unsere Aktionen wie Transport und Kommunikation.
Dazu bitten wir euch diesen Artikel in "The Nation" über den gerade aktuellen Kampf in Ni'ilin zu lesen und eine Spende abzugeben um unseren Kampf fortzusetzen.

in Würde und Solidarität,
Anarchists Against the Wall
http://awalls.org
http://www.awalls.org/donations

Todesstrafe gegen Polizistenmörder

Schanghai. Wegen sechsfachen Mordes an Polizisten ist ein 28jähriger Chinese von einem Gericht in Schanghai zum Tode verurteilt worden. Der Mann wurde für schuldig befunden, am 1. Juli eine Polizeiwache der Metropole gestürmt und sechs Beamte erstochen zu haben, wie die amtliche Nachrichtenagentur *Xinhua* am Montag berichtete. Vier weitere Polizisten wurden bei dem Messerangriff verletzt. Der aus Peking stammende Täter wollte sich nach Behördenangaben dafür rächen, daß die Beamten der betroffenen Wache im vergangenen Jahr wegen Fahrraddiebstahls gegen ihn ermittelt hatten.

Kleine Satire von Karl Kraupe

- Neue Sonderkommission in Magdeburg -

Auf Grund einer Statistik, welche belegt dass in Magdeburg und Sachsen- Anhalt die Quote der Fahrraddiebstähle 8-mal höher ist als anderswo, wurde eine neue Soko aufgestellt.
Wiederholt wurden sogar Bikes der berittenen Fahrradcops Ziel der Kleptomanen. Diese Probleme gab es bei der „Grünen Minna“ nie. Diese wurden sonst nur von Chaoten mit Steinen beworfen.
Naja, manchmal wurden auch schon Dienstwagen, nach der durchzechten Nacht bei einem Rennen zwischen den oberen Dienst- Rängen, zerschossen. Hierbei verloren schon Kriminalkommissar Müller bei einem spannenden 1/4 Milen Rennen gegen die amtierende deutsche Meisterin, Oberkommissarin Waltraud Rademacher, auf der A2 Richtung Meckenheim.
Tja, auch eine abgesperrte Autobahn bringt nichts wenn in der Kurve die Leitplanke stört....

Für Jörg Haiders letzte Forderung:
Anschnallpflicht für Polizisten -
auch bei Wettfahrten während der Arbeitszeit

Biografie - Enrico Malatesta

E. Malatesta wird am 4. Dezember 1853 in Santa Maria Capua Vetere (Caserta) in einer Familie von Einzelhändlern geboren; der Vater hatte eine Gerberei. Die Familie zieht früh nach Neapel, im Jahr 1864.
Mit 14 Jahren, am 25. März 1868 wird Errico Malatesta erstmalig wegen einem „ subversiver Brief" verhaftet. Diese Verhaftung, auf die dann eine sofortige Entlassung wegen seines jungen Alters folgt, ist die erste in einer langen Reihe, die Malatesta sein Leben lang begleiten, mit insgesamt mehr als zehn Jahren im Gefängnis und genau 35 Jahren (fast die Hälfte seines Lebens) im Exil.
Er schreibt sich an der Fakultät für Medizin in Neapel ein, ohne je zu promovieren. Er erlernt den Beruf des Elektromechanikers, auf den er sein ganzes Leben lang in den verschiedenen Phasen ökonomischer Schwierigkeiten zurückgreift. Mit knapp achtzehn Jahren schließt er sich dem anarchistischen Ideal an, das er sein Leben lang verfechten wird.
Malatesta schreibt: "Ich studierte und sah, daß die Republik immer eine Regierung wie jede andere war oder schlechter als die anderen, und daß es in der Republik, wie in der Monarchie Elend gibt, und man mit Gewehren auf das Volk schießt, wenn es versucht das Joch abzuschütteln". Malatesta verlässt daher die republikanische Bewegung Mazzinis und tritt der sozialistischen Internationale bei. Schon früh beginnen die Differenzen zwischen dem italienischen Flügel der Internationale und dem marxistischen Generalrat in London.

Die Unstimmigkeiten sind im wesentlichen vom unterschiedlichen Ansatz der sozialistischen Doktrin vorgegeben: autoritär der marxistische, anarchistisch der italienische. Der offizielle Bruch zwischen den beiden Positionen findet dann 1872 auf dem Kongress sozialistischen Internationale in Rimini statt. Wo dann auch gleich der Italienischer Bund der Internationalen Arbeitervereinigung ins Leben gerufen wird, unter deren Gründern sich auch Malatesta befindet. In Italien hat der Sozialismus de facto hauptsächlich einen anarchistischen Ursprung. Mit dieser Perspektive wird ebenfalls 1872 der "Erste Internationale Föderalistische Kongress" organisiert, deren Organisator Michail Bakunin war. Malatesta sagte "Bakunin war in Neapel eine Art Mythos". [...]durch das, was ich von ihm gehört hatte, war Bakunin für mich zu einer Legende geworden" Ihre Beziehung wird sich mit den Jahren durch eine umfangreiche Korrespondenz und verschiedene Treffen intensivieren, auch wenn Malatesta später seinen eigenen Weg geht, da er Bakunin als zu marxistisch befindet.
1877 ist Malatesta Mitglied, der "Banda del Matese", einer bewaffneten Gruppe von ungefähr dreißig Anarchisten, die im April 1877 versucht, einen Bauernaufstand zu organisieren, um die soziale Revolution einzuleiten.
Ab 1878 nimmt Malatesta sein stetiges Reisen auf, um den Verhaftungen zu entgehen, um neue Verbindungen zu knüpfen, und um die anarchistische Bewegung auf internationaler Ebene zu organisieren.

Er beteiligt sich an den anarchistischen Bewegungen in Ägypten, Syrien, Frankreich, der Schweiz, Belgien, Rumänien, Spanien, England und ihm widerfahren während dieser ständigen Reisen Verhaftungen und Ausweisungen. 1881 organisiert er zusammen mit Kropotkin den ersten Internationalen Anarchistischen Kongress in London. 1882 kehrt er heimlich nach Italien zurück, wo er das Wochenblatt "La Questione Sociale" ("Die Soziale Frage") gründet, die erste ernst zu nehmende, anarchistische Zeitschrift, die in Italien gegründet wird.

Um einer Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis wegen seiner "Vereinigung von Übeltätern" zu entfliehen, geht er 1885 nach Argentinien, wo er fünf Jahre bleibt, in denen er zum einen in Buenos Aires die ersten Arbeiterverbände ins Leben ruft Er kehrt 1889 nach Europa zurück, wo ein während eines Aufenthalts in Nizza eine neue Zeitschrift gründet, "L'Associazione" ("Die Vereinigung").
1890 gehört er zu den Initiatoren des anarchistischen Kongresses in Capolago, in der Schweiz, der mit dem Ziel veranstaltet wird, eine organisierte, anarchistische Bewegung zu gründen. 1899 infolge einiger Unruhen, wird er verhaftet, "krimineller Vereinigung" angeklagt und zu 6 Monaten Haft und 5 Jahren Gewahrsam auf einer Strafinsel verurteilt. Er wird auf die Insel Lampedusa verbannt, von der er am Ende desselben Jahres flieht und nach Tunesien flüchtet. Wieder in London, dann in den Vereinigten Staaten und Kuba.
Von 1900 bis 1913 bleibt Malatesta in London, wo er mit kleinen handwerklichen Arbeiten, als Mechaniker, Elektriker, Ausbesserer von Fahrrädern und Eisverkäufer für seinen Unterhalt sorgt. Er gründet zahlreiche Zeitungen, die wichtigsten sind: "Cause ed effetti" (1900), "L'internazionale" (1900), "La rivoluzione sociale" (1902). 1912 wird aufgrund einer Verleumdung eine Sentenz gegen Malatesta erlassen mit der Verurteilung zur Deportation und zu drei Monaten Gefängnis.
Eine starke Kampagne zu seiner Freilassung von Seiten der radikalen Presse und eine Massendemonstration am Trafalgar Square erwirken seine Freilassung. Zwischen 1913 und 1914, zurückgekehrt nach Italien, beteiligt er sich an der Ausarbeitung einer großen Organisations- und Propagandaaktion, die im größten revolutionären Versuch mündet, der in Italien nach der Einheit stattgefunden hat:
die rote Woche, ein Ereignis, bei dem Malatesta und die Anarchisten eine Rolle von absolut bedeutendem Rang in der Vorbereitung und der Durchführung spielen.
Die Ereignisse: am 7. Juni 1914 in Ancona, während die Leute nach einer Versammlung bei Malatesta auseinandergehen, schießt die Polizei; ein Anarchist und zwei Republikaner werden erschossen, fünfzehn Verletzte.
Dies ist der Anfang der roten Woche. Es folgt eine Reihe von Generalstreiks und Demonstrationen, die die Entstehung von autonomen Vereinigungen und den Versuch, die Gesellschaft auf sozialistischen, antiautoritären Ideen aufzubauen, unterstützen.

Das Scheitern der aufrührerischen Unruhe und die Repression zwingen Malatesta erneut nach London zu fliehen. 1914, bevor er nach London zurückkehrt, trifft er Benito Mussolini, damals Direktor der sozialistischen Tageszeitung "L'Avanti!".

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges erklärt sich Malatesta zusammen mit einer großen Mehrheit der anarchistischen Bewegung zum Nicht-Interventionisten. Eine der wenigen abweichenden Stimmen ist die von Kropotkin, der sich offen für die Intervention ausspricht. Malatesta greift die von Kropotkin eingenommene Position an und erklärt, man dürfe "niemals die Waffen für die eigenen Herrscher ergreifen, sondern nur im Kampf für die soziale Revolution". Dieser Vorfall ist einer der Hauptgründe für den Bruch zwischen den beiden Protagonisten der anarchistischen Bewegung.
1919 kehrt Malatesta endgültig nach Italien zurück. Er geht in Genua an Land, wo er von einer enthusiastischen Menschenmenge empfangen wird. Er fördert die Organisation UAI (Anarchistische Italienische Union) mit mehr als dreißig tausend Mitgliedern. Diese Phase Malatestas wird als seine produktivste und wichtigste betrachtet in Bezug auf seine Schriften und seine theoretischen Stellungnahmen. 1920 in Bologna, anläßlich des II° Kongresses der Unione Anarchica Italiana verfaßt und präsentiert Malatesta das Anarchistische Programm, welches vom Kongress einstimmig bestätigt wird.
Dieses Dokument wird noch heute als die programmatische Grundlage von Seiten der verschiedenen Gruppierungen, die die anarchistische, italienische Bewegung organisiert, anerkannt. Malatesta bereist Italien in dem Versuch all jene politischen Kräfte zu einen, die sich untereinander streiten, aber die irgendwie ein gemeinsames Abkommen im Kampf gegen die Ausbreitung des Faschismus schließen sollen.

Der Versuch scheitert offensichtlich auch an der gerade entstehenden italienischen kommunistischen Partei, die versucht, wie es auch später während des Spanischen Bürgerkriegs passiert, alle linken Kräfte, die nicht mit ihr verbündet sind, zu zerstören. 1922, im Jahr von Mussolinis Marsch auf Rom ist die Tageszeitung endgültig gezwungen zu schließen.

1924 gründet und leitet er die Halbmonatsschrift "Pensiero e Volontà", eine weitere grundlegende Zeitung für die Ideenentwicklung Malatestas und des Anarchismus im allgemeinen. Sie wird 1926 mit Gewalt geschlossen. Mit der definitiven Machtübernahme der faschistischen Diktatur, 1925-1926, ist Malatesta gezwungen, die vom neuen Regime diktierten Einschränkungen zu ertragen. Er verbringt die letzten sechs Jahre seines Lebens unter Hausarrest in seiner Wohnung in Rom, mit zwei Polizisten als Bewachung Tag und Nacht vor der Tür, bereit jeden zu verhaften, der ihn hätte besuchen wollen. Er wird am 22. Juli 1932 an Bronchienproblemen sterben, mit denen er ein Leben lang konfrontiert war.

:::ADRESSEN:::

Politische Gruppen und Initiativen:

zusammen kämpfen
c/o Soziales Zentrum, A.- Puschkinstr. 20, 39108 MD
www.zusammen-kaempfen.org // info@zusammen-kaempfen.org

Autonome Linke Magdeburg [A.L.M.]
www.autonomer-widerstand.org //
autonomelinkemd@web.de

Rote Hilfe Ortsgruppe Magdeburg
c/o Infoladen, magdeburg@rote-hilfe.de
Jeden 2. Mittwoch im Monat Rechtsberatung im Infoladen.

KPD/ ML
39034 Magdeburg
Postfach 351102
www.kpd-md.net

DKP
www.dkp-lsa.de

KPD Ost
http://freenet-homepage.de/kpd-sachsen-anhalt/

Freiraumgruppe Magdeburg
www.freiraumgruppe.de.md

Bürgerinitiative Montagsdemo
www.montags-auf-die-strasse.de

Veranstaltungsorte etc.:

Infoladen Magdeburg
[Soziales Zentrum]
A.- Puschkin- Str. 20, 39108 Magdeb.
www.infoladen.linke-gruppen-magdeburg.net

KJFE Heizhaus
Harsdorferstr. 33b, 39108 Magdeb.

KJFE Knast
Umfassungsstr. 76, Magdeburg

Hallenhausen
An der Steinkuhle 21, 39128 MD

Umsonstladen LirumLarum
Brandenburger Str. 9 (Hinterhof)
39104 MD

Blaue Welt Archiv // Thiembuktu
Thiemstr. 13, 39104 MD

Eine Welt Haus
Schellingstr. 3- 4, 39104 MD

Kurdisch- Deutscher Kulturverein
Keplerstr. 4a, 39104 MD

Frauenzentum Courage
Karl- Schmidt- Str. 56, 39104 MD

Kontakt zur Redaktion der Rabatz: **md_info@web.de**